



## **Wohngipfel: Weniger Regulierung wagen, mehr Bauland freigeben** **Haus & Grund Rheinland hofft auf konstruktive Gespräche für bezahlbares Wohnen**

**Am Freitag findet in Berlin der Wohngipfel statt. Bezahlbares Wohnen erfordert dringend mehr bezahlbaren Neubau. Die Schlüssel hierzu sind Entbürokratisierung und die Bereitstellung von mehr Bauland, erinnert Haus & Grund Rheinland.**

Düsseldorf. „Bezahlbares Wohnen setzt ein ausreichendes Maß an bezahlbarem Neubau voraus. Wir hoffen, dass es dem Wohngipfel gelingt, dafür die Weichen zu stellen“, fasst Prof. Dr. Peter Rasche die Erwartungen von Haus & Grund Rheinland vor dem morgigen Gipfel zusammen. Der Vorsitzende des Eigentümerverbandes sagte, vor allem sollten Bund, Länder und Gemeinden ein besonderes Augenmerk darauf legen, wie sie mehr Bauland zur Verfügung stellen können.

Damit mehr gebaut wird, müssen Bauherren Grundstücke aber auch bezahlen können. Die hohe Grunderwerbsteuer macht es gerade in NRW schwierig, das knappe und daher teure Bauland zu kaufen und zu vertretbaren Preisen zu bebauen. „Es ist deswegen ratsam, dass der Bund den Ländern die Einführung von Freibeträgen bei der Grunderwerbsteuer erlaubt“, sagt Rasche.

„Wenn wir es hinbekommen, mehr Bauland auszuweisen, Bürokratie abzubauen und regulatorische Eingriffe in den Markt zu unterlassen, dann wird sich auch ein verstärkter Wohnungsbau einstellen“, ist er überzeugt. Was das konkret bedeutet, erklärt Erik Uwe Amaya, Verbandsdirektor von Haus & Grund Rheinland: „Die Mietpreisbremse schafft keine neuen Wohnungen und hilft Mietern mit niedrigeren Einkommen auch nicht, eine Wohnung zu finden. Deswegen muss die Mietpreisbremse weg.“ Er warnt außerdem davor, die Betrachtungszeiträume der Mietspiegel von 4 auf 6 Jahre zu verlängern. „Das würde die Mieten einfrieren, nicht einmal die Inflation ausgleichen. Es wäre dann wirtschaftlich uninteressant, Wohnraum zu vermieten.“

Damit auf Dauer bezahlbares Wohnen möglich ist, kommt es neben ausreichendem Neubau aber auch auf die Wohnnebenkosten an. „Der Staat hat 70% dieser Kosten in der Hand“, erinnert Erik Uwe Amaya. Diese Kosten stiegen seit Jahren stärker als die Kaltmieten. Ein wichtiger Kostentreiber sei die Grundsteuer. „Wir raten daher zu einer Grundsteuer-Reform, die sich rein an der Grundstücksfläche orientiert und für Eigentümer wie Mieter kostenneutral bleibt.“

Haus & Grund Rheinland vertritt die Interessen von über 102.000 Haus- und Wohnungseigentümern, Vermietern sowie Kauf- und Bauwilligen gegenüber Politik, Gesellschaft und Medien. 45 Prozent aller Haus & Grund-Mitglieder in NRW sind bei Haus & Grund Rheinland organisiert.

Pressekontakt:  
Haus & Grund Rheinland  
Fabian Licher, M.A.  
[info@HausundGrund-Rheinland.de](mailto:info@HausundGrund-Rheinland.de)  
Telefon: 02 11 / 41 63 17 - 60  
Telefax: 02 11 / 41 63 17 - 89